



## BUND NATURSCHUTZ (BN) DISKUSSIONSPAPIER ZUR COVID-19-PANDEMIE

.....

# **DIE COVID-19-PANDEMIE UND DIE FOLGEN FÜR NATUR- UND UMWELTSCHUTZ: JETZT DIE WEICHEN FÜR EINE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE VERÄNDERUNG STELLEN! „CHANGE BY DESIGN AND NOT BY DISASTER“**

### **VORBEMERKUNG**

Das vorliegende Diskussionspapier ist ein erster Aufschlag, der die inhaltliche Tragweite der Covid-19-Pandemie aufzeigen soll. Es skizziert erste Handlungsfelder für eine sozial-ökologische Veränderung von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Konsum und sammelt einige Erfahrungen, die während der Krise gemacht werden und die in das Leben nach der Krise mitgenommen werden können.

Bisherige Katastrophen betrafen nie zeitgleich eine solch hohe Anzahl von Ländern und legten daher nicht in dem Maße Teile der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens lahm, wie dies aktuell während der Covid-19-Pandemie geschieht. Alle Staaten der Erde sind nahezu

zeitgleich gezwungen mit Hochdruck an der Lösung eines akuten, für viele 100.000 Menschen weltweit lebensbedrohlichen Problems zu arbeiten.

Gleiches gilt eigentlich auch für die Lösung der Biodiversitäts- oder der Klimakrise, doch werden diese seit Jahren von den meisten Staaten als nicht akut eingestuft. Warum ist das so? Der Mensch hat wohl die Eigenschaft, erst dann entschlossen zu reagieren, wenn er die Auswirkungen einer Krise direkt und im zeitlichen Zusammenhang von wenigen Wochen in einem nicht mehr tolerierbaren Ausmaß „*am eigenen Leibe*“ zu spüren bekommt. Die Biodiversitäts- und die Klimakrise finden bei Weitem nicht in dem rasanten Tempo wie die Ausbreitung der Covid-19-Pandemie statt, weshalb man sich an die Auswirkungen schleichend gewöhnt. und die eigene Beurteilungsbasis anpasst, häufig unter dem Begriff „shifting Baseline“ verwendet. Doch so schleichend sich diese beiden Krisen vollziehen, so langsam greifen auch die Gegenmaßnahmen. Das heißt: Warten wir mit der entschlossenen Bekämpfung der Biodiversitäts- und der Klimakrise so lange, bis wir tatsächlich schmerzhaft unmittelbar betroffen sind, dann ist es zu spät. Die heute zu beobachtenden und spürbaren Folgen von Biodiversitäts- und Klimakrise sind schon jetzt nicht mehr rückholbar.

Dies bedeutet, dass die Biodiversitäts- und die Klimakrise ebenso ernst zu nehmen ist, wie die Covid-19-Pandemie, wenn nicht sogar noch ernster. Was müssen wir aber in der Realität beobachten? Ein Tempolimit auf Autobahnen wird als Verbotspolitik diffamiert, Landwirten glaubt man nur über Freiwilligkeit und finanzielle Anreize mehr biodiversitätsfördernde Maßnahmen zumuten zu können und ein Kohleausstiegsgesetz wird trotz eines, in einer aufwändigen Kommission erarbeiteten, gesellschaftlichen Konsens seit Monaten verschleppt und verwässert. Verwundert reibt man sich die Augen, wenn wir nun sehen, was zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie passiert: Wir beobachten eine Handlungsbereitschaft auf die Krise mit Maßnahmen zu reagieren, die vor wenigen Wochen noch völlig unmöglich und unzumutbar schienen. Das als ambitioniert angekündigte Klimapaket der Bundesregierung war inhaltlich schwach und mutlos und wurde mit der „Politik des Machbaren“ begründet. Die jetzt ergriffenen Maßnahmen in Deutschland und vielen anderen Ländern der Erde basieren auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Die Maßnahmen zeigen, dass wirkliches politisches Handeln möglich ist, wenn der Handlungsdruck und die unmittelbare reale Gefahr groß ist. Es zeigt aber auch den politisch Verantwortlichen, dass die Zivilgesellschaft in akuter Gefährdung einschneidende Maßnahmen nicht nur akzeptiert, sondern vom Staat und der Demokratie auch erwartet.

Die Folgen der Biodiversitäts- und der Klimakrise sowie die vorgeschlagenen Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung gründen ebenso in den Erkenntnissen der Wissenschaft wie die Covid-19-Erkrankung. Ein mutigeres und entschlosseneres Vorgehen gegen die beiden Krisen ist deshalb mehr als überfällig.

Welche Rückschlüsse daraus für die Themen des Natur- und Umweltschutzes von politisch Verantwortlichen, Verbänden und Unternehmen im Einzelnen zu ziehen sind, kann man zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abschließend feststellen. Für den Moment steht außer Frage, dass jetzt die Zeit für akute Krisenbekämpfung ist und die Gesundheit an erster Stelle steht. Der BUND Naturschutz stellt sich sowohl als zivilgesellschaftlicher Akteur, als auch als Arbeitgeber dieser Verantwortung.

Die Ursachen für diese Pandemie sind noch nicht abschließend geklärt. Es steht jedoch außer Frage, dass mit zunehmender Naturzerstörung und Globalisierung das Risiko von Krankheitsausbrüchen und Virenübertagungen steigt.<sup>1</sup> Die Gefahr einer solchen Pandemie ist jedoch seit ca. zwei Jahrzehnten bekannt und wurde verharmlost.

Die Covid-19-Pandemie hat die Schwachstellen in unserer Gesellschaft und unserem Wirtschaftssystem offengelegt. Diese Schwachstellen sind aber auch die Schwachstellen vieler anders gearteter Krisen, wie zum Beispiel der Biodiversitäts- und der Klimakrise. Wir erleben im Augenblick, wie krisenanfällig und wie wenig widerstandsfähig unsere heutige Lebensform ist. Ein paar Beispiele hierfür sind:

- Krankenhäuser sind wirtschaftlich nur dann überlebensfähig, wenn sie möglichst nahe an der Auslastungsgrenze fahren. Das heißt, das Gesundheitssystem hat keine Reserven – und es darf aus Effizienzgründen auch keine haben. Wenn Kliniken jetzt Betten freiräumen, begeben sie sich in wirtschaftliche Gefahr, im Vertrauen darauf, dass Staat und Gesellschaft sie finanziell auffangen.
- Unsere nach dem Gesichtspunkt der Kostenoptimierung gestaltete internationale Arbeitsteilung bewirkt, dass der Ausfall einer einzigen Region in China binnen weniger Wochen nicht nur weite Teile der Automobilindustrie lahmlegt, sondern auch deren Zulieferer sowie alle, die diese Zulieferer beliefern.
- Selbst den notwendigen Lockdown müssen wir an vielen Stellen durchbrechen (siehe Kapitel Landwirtschaft zu Erntehelfer\*innen), weil wir in regionalen Einheiten, z.B. aufgrund des Preisdrucks, längst nicht mehr funktionsfähig, genauer nicht mehr überlebensfähig sind.

3

All das gilt nicht spezifisch nur für die Covid-19-Pandemie, sondern auch für unzählige andere mögliche Krisen. Wenn beispielsweise Cyberattacken die Strom- oder die Wasserversorgung ausschalteten, hätten wir noch weitaus größere Probleme, weil wir als Gesellschaft keinen Rückfallmodus, keinen funktionsfähigen Notbetrieb haben.

---

<sup>1</sup> <https://www.bmu.de/pressemitteilung/schulze-weltweiter-naturschutz-kann-risiko-kuenftiger-seuchen-verringern/> (Stand 3.4.2020)

Wir müssen wieder widerstandsfähiger werden und auch unter massivem Stress (Krisen, Katastrophen, etc.) zumindest in den Grundfunktionen handlungsfähig bleiben bzw. rasch wieder handlungsfähig werden können.

Das Problem dabei ist, dass eine hohe Widerstandsfähigkeit prinzipiell unvereinbar mit maximaler Effizienz unseres aktuellen Wirtschafts- und Finanzsystems ist. Widerstandsfähigkeit erfordert zum Beispiel ein gewisses Maß an doppelten Strukturen. Diese können jedoch kostenintensiv und ineffizient sein, aber unter Umständen überlebenssichernd. Wer seine Widerstandsfähigkeit gegen Krisen der maximalen Effizienz opfert, lebt zwar möglicherweise ziemlich gut (wenigstens materiell), aber nicht sehr lange und auf Kosten anderer. Für eine zukunftsfähige Gesellschaft ist Widerstandsfähigkeit daher wichtiger als Effizienz.

Für den BUND Naturschutz gemeinsam mit dem BUND und unserem internationalen Netzwerk Friends of the Earth (FoE) ist es wichtig, Ursachen und Wirkungsgefüge der aktuellen Pandemie und Alternativen aufzuzeigen, die die Widerstandsfähigkeit unseres ökonomischen und gesellschaftlichen Systems fördern. Aus diesem Grund haben in dieses Papier nicht nur Maßnahmen Aufnahme gefunden, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie stehen, sondern auch Maßnahmen, die gleichsam als Lehre aus der Covid-19-Krise in Analogie für die Biodiversitäts- und Klimakrise zutreffen.

Diese erste Bestandsaufnahme wird durch die partizipative Diskussion in unserem demokratischen Mitgliederverband ständig weiterentwickelt. Eine erste Einordnung der Covid-19-Pandemie ist mit dem Statement des BN-Landesvorsitzenden Richard Mergner vom 24. März 2020 vorgenommen worden. Das vorliegende Papier wird durch die Gremien des Verbandes weiterentwickelt.

Die im Folgenden aufgeführten Themengebiete sind meist in die verschiedenen Stufen der Krisenbewältigung unterteilt.

## NATURSCHUTZ

Die Covid-19-Pandemie ist ganz offenbar auch eine unmittelbare Folge der Zerstörung von natürlichen Lebensräumen, des illegalen Wildtierhandels und massiven Missständen beim Tierschutz auf Lebendtiermärkten.

Die Pandemie ist nach bisherigen Erkenntnissen Ende November/Anfang Dezember 2019 durch den Übergang des CoV-19-Virus von Tieren auf den Menschen entstanden. Infektionskrankheiten, die zwischen Menschen und Wirbeltieren übertragen werden, werden auch als Zoonosen bezeichnet. Solche Zoonosen können auf unterschiedliche Weise entstehen. Die gegenwärtige Pandemie nahm ihren Ursprung nach derzeitigem Informationsstand in einem Lebendtiermarkt in Wuhan, China. Die Tierhaltung auf solchen



Märkten begünstigt den Virentansfer extrem: lebende Tiere unterschiedlichster Arten sind ohne Tierschutzaspekte zu berücksichtigen in Drahtgitterkäfigen auf engstem Raum regelrecht übereinandergestapelt (Kot- und Speichelübertragung insbesondere zwischen Säugetieren, sehr hohe Stressbelastung) und stehen in unmittelbarem Kontakt zu zahlreichen Menschen als Ver- und Einkäufer. Diese Tiermärkte haben eine besonders hohe Verbreitung in den meisten asiatischen Ländern.

Die Ursprungsarten, von denen der Virus kam, waren wahrscheinlich Fledermäuse, wohl mit dem Pangolin, einem Schuppentier als Zwischenwirt. Das Pangolin ist das weltweit am häufigsten illegal gehandelte Wildtier, dessen acht gefährdete Unterarten aus Afrika, Südasien und Südostasien nach China importiert werden.

## **In der Krise**

China ist weltweit eines der Zentren des illegalen Handels mit Wildtieren, auch unter profitgetriebenem Missbrauch der traditionellen chinesischen Medizin. Aber Deutschland ist auch ein weltweit relevanter Absatzmarkt für den internationalen Tierhandel: zwischen 2017 und 2019 importierte Deutschland mehr als 700.000 lebende Reptilien, davon 200.000 aus China. Die Einfuhrhöhe anderer Tierarten wie Säugetiere oder Amphibien sind nicht erfasst.<sup>2</sup>

Die Haltung exotischer Tiere für private Zwecke und der damit verbundene weltweite, oft illegale Wildtierhandel sind ebenso ein wichtiger Faktor für die Gefährdung der Biodiversität wie auch ein leicht vermeidbarer Infektionsweg für Epidemien.

**Der BN fordert, dass sich das Bayerische Umweltministerium und die Staatsregierung umgehend bei der Bundesregierung einsetzt, dass China aufgefordert wird, die schon bei früheren Virenausbrüchen (z.B. SARS 2002/03) verkündete Schließung von Lebendtiermärkten endlich stringent und vollständig umzusetzen.**

**Die deutschen Einfuhrbestimmungen für exotische Tier- und Pflanzenarten zu privaten Hobbyzwecken sind unzureichend. Zu oft hat die Bundesregierung bereits weitergehende Regeln im Wildtier-Handel angekündigt. So auch im aktuell gültigen und vorherigen Koalitionsvertrag. Es braucht nun endlich ein umfassendes Importverbot für alle Wildtierarten und ein Verbot des damit verbundenen Handels und von Verkaufsaktivitäten über das Internet.**

**An Tierhandlungen, Versandhandel und Baumärkte mit Zooabteilungen in Bayern appelliert der BN, solche Arten freiwillig und sofort aus dem Sortiment zu streichen**

---

<sup>2</sup> <https://taz.de/Biologin-ueber-Pandemien/!5675740/> (Stand 1.4.2020)

## **Nach der Krise**

Der Wildtierhandel ist nur einer von mehreren Wegen, auf denen Krankheitserreger von Wildtieren auf den Menschen übertragen werden. Die Schädigung von Ökosystemen ist ein weiterer wesentlicher Mechanismus. Insbesondere bedeutet die Zerstörung und Fragmentierung von natürlichen Habitaten, insbesondere tropischen Wäldern, durch den Menschen oft einen intensiveren Kontakt vieler Menschen zu Wildtieren; dies vor allem dann, wenn die Grenz-/Übergangsbereiche verlängert werden. Damit steigt das Risiko, dass aus Wildbeständen Krankheitserreger direkt oder durch übertragende Tiere (Vektortiere, auch Nutztiere) auf Menschen überspringen. Die Globalisierung von Handel und Reisen hat keine Krankheitserreger erzeugt, ist aber ursächlich für ihre schnelle weltweite Verbreitung.

Die Vorsorge für die öffentliche Gesundheit ist damit ein weiterer Grund, warum der BN es für dringend notwendig hält, dass die weltweite Zerstörung von Habitaten gestoppt wird. Mit den Verhandlungen zur Konvention für Biologische Vielfalt (CBD) und durch die Europäische Biodiversitätsstrategie besteht die Möglichkeit, den Schutz von Habitaten auf europäischer und globaler Ebene festzuschreiben und bisherige Bestimmungen, auch aus Gründen der öffentlichen Gesundheit, zu verschärfen.

## **Der BN fordert daher**

- 1. Den Schutz von Habitaten zu stärken muss eine der zentralen Aufgaben der weltweiten Biodiversitätskonferenz (CBD) sein, die eigentlich im Herbst 2020 in China stattfinden sollte und voraussichtlich verschoben wird. Deutschland hat durch die EU-Ratspräsidentschaft auf der Konferenz eine führende Rolle und Verantwortung.**
- 2. Werden nach der COVID-19-Krise Einsparpotenziale gesucht, um die in der Krise zu Recht aufgenommenen staatlichen Schulden abzubauen, so darf dies keinesfalls zu Lasten des bayerischen, nationalen und internationalen Umwelt- und Naturschutzes gehen.**
- 3. Deutschland und Bayern muss – trotz der durch die Corona-Krise entstandenen großen finanziellen Belastungen – finanzielle Solidarität mit all den Ländern zeigen, in denen aus wirtschaftlichen Gründen Ökosysteme wie z.B. der Regenwald in großem Ausmaß zerstört werden. Dazu gehört auch die Suche nach Möglichkeiten, wie durch (Transfer-)Leistungen und echte Kooperationen unter Beteiligung der wirtschaftlich starken Länder, den (wirtschaftlichen) Ursachen für die Zerstörung entgegen gewirkt werden kann.**
- 4. Der BN fordert alle privaten Halter exotischer Tierarten dazu auf, ein Hobby, das auf Wildfängen basiert, auch aus Gründen der Gesundheitsvorsorge aufzugeben.**

6

## **LANDWIRTSCHAFT**

Deutschland und in exponierter Stellung Bayern ist weltweit einer der zentralen Akteure der Lebensmittelexportwirtschaft und Vorreiter der industriellen Fleischproduktion, mit entsprechenden Importen an Futtermitteln. Dieses Agrarmodell, das auch in vielen anderen Ländern angewandt wird, hat das Vordringen in bislang unberührte Ökosysteme, sowie

beispielsweise die Rodung von Regenwäldern und deren Umwandlung in Monokulturen zur Futtermittelproduktion mit den im vorhergehenden Kapitel Naturschutz geschilderten negativen Auswirkungen zur Folge.

Außerdem begünstigt die moderne Massentierhaltung die Ausbreitung von Seuchen, da viele Tiere mit ähnlicher genetischer Ausstattung und damit eingeschränkter immunologischer Reaktionsbandbreite an einem Ort gehalten werden. Im aktuellen Covid-19-Fall hat das zwar keine Rolle gespielt, aber bei anderen Tierseuchen, wie zum Beispiel der Schweinepest. Es ist ebenso denkbar, dass es einmal zu einem Virus kommt, der von Nutztieren auf den Menschen übergehen kann. Die weltweit steigende Nachfrage nach Fleischprodukten ist eine zentrale Triebfeder des aktuellen Agrarsystems.

**Es muss weltweit gelingen, durch Informationen, Veröffentlichungen und gesellschaftliche Diskussionen über die gesundheitlichen und ökologischen Folgen übermäßigen Fleischkonsums, eine Reduzierung des Fleischverzehrs zu erreichen. Der BN fordert daher eine bundesweite Verpflichtung zur Kennzeichnung aller Fleischprodukte nach regionaler Herkunft und Art der Tierhaltung.**

## **In der Krise**

Die aktuelle Situation fokussiert den Blick wieder auf die Herkunft von Produkten, die geringen Lebensmittelpreise und auf fragwürdige internationale Lieferketten. Das Einreiseverbot für Erntehelfer\*innen aus Osteuropa macht deutlich, dass Lebensmittelpreise nicht reale Erzeuger\*innenkosten decken können, da Erntehelfer\*innen keine gerechte Entlohnung bekommen. Das in der Krise gestiegene Bewusstsein in der Gesellschaft für gesunde Lebensmittel und Lieferketten bietet die Chance regionale, transparente Lieferketten sowie Vermarktungsstrukturen (Wochenmärkte, Ökokisten, Milchautomaten, Lieferservice von regionalen Erzeugern/ Läden etc.) zu stärken.

**Die Krise darf nicht dazu genutzt werden, nötige und bereits beschlossene Verschärfungen von Umweltbestimmungen (z. B. Düngeverordnung, Pestizid- und Antibiotikaeinsatz etc.) generell wieder in Frage zu stellen.**

## **Wege aus und nach der Krise**

Die vom BUND Naturschutz seit Jahren und Jahrzehnten erhobenen Forderungen, wie unter anderem der Umbau der Landwirtschaft in Richtung sozial-ökologischer Strukturen mit höherer Krisenfestigkeit, bleiben aktuell. Jedoch verdeutlicht die aktuelle Krise die Fehlentwicklungen globaler Märkte, die Dringlichkeit und die Bedeutung unserer Landwirtschafts-Visionen auch für die Krisenfestigkeit der Wirtschaft. Ebenso die Etablierung und Stärkung dieser Strukturen mit regionalem Handwerk, Vermarktung und Mittelstand in der Lebensmittelwirtschaft.

Forderungen, welche eine resilientere Landwirtschaft nach der Krise unterstützten sollen, sind daher:

- **Der dringend notwendige Umbau der Nutztierhaltung mit Tierwohlabgabe, sowie die Anpassung der Tierhaltung an die Fläche mit betriebseigener Futterproduktion, um die Abhängigkeit von Futtermittelimporten einzugrenzen und perspektivisch zu beenden.**
- **Mehr regionale Erzeugung verringert den Druck auf naturnahe Ökosysteme auf anderen Kontinenten. Für die Reduzierung des Druckes auf die Ökosysteme bei uns muss regional auch eine ökologische und naturverträgliche Produktion bedeuten.**
- **Revision der unfairen Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA, JEFTA oder Mercosur, da sie die Krisenanfälligkeit von Gesellschaft und Wirtschaft erhöhen. Besonders deutlich wird dies am Beispiel der Regenwald - Brandrodungen. Diese führt nicht nur bei Kleinbäuer\*innen und Indigenen zu Hunger und Vertreibung, sondern auch zur schnelleren Verbreitung von Epidemien (siehe Kapitel Naturschutz).**
- **Es benötigt eine Mengenregulierung am europäischen Binnenmarkt und einen Außenschutz. Ein internationaler Handel mit Produkten, bei denen ein Austausch sinnvoll ist, weil er die Vielfalt an (Nahrungs-)angeboten fördert, und nicht mit Produkten, die nur wegen der unterschiedlichen (günstigeren) Produktionskosten gehandelt werden.**
- **Für die Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft benötigt es grundlegende Änderungen in der EU Agrarpolitik: Umbau der Förderung und weiterer Ausbau der Ökolandwirtschaft.**
- **Faire Bezahlung für Gemeinwohl-Leistungen: es muss wieder in der Landwirtschaft – und zwar einer sozial und ökologisch nachhaltigen - verdient werden, nicht an ihr. Billigfleisch muss genauso wie Billigflüge der Vergangenheit angehören.**

## ENERGIE UND KLIMASCHUTZ

Die derzeitige krisenhafte Situation zeigt, wie wichtig es ist, alles zu versuchen, weitere vergleichbare Entwicklungen durch die Klimakrise (Grund- und Trinkwassermangel, Hitzetote, Ertragsausfälle, Ausfall von Baumarten etc.) politisch sofort anzugehen.

Auch die Nationale Akademie der Wissenschaften – Leopoldina schlägt in ihrer dritten Ad-hoc-Stellungnahme „Coronavirus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden“<sup>3</sup> vom 13. April 2020 Investitionen in den Klimaschutz als eine der zentralen Maßnahmen vor, die Konjunktur nach der Covid-19-Pandemie nachhaltig anzukurbeln. Der Dreiklang aus Erneuerbaren, Energieeinsparung und Energieeffizienz bietet gerade auch in Krisenzeiten Vorteile. Auch unter sozialen Gesichtspunkten ist die Beteiligung von Bürger\*innen an Erneuerbaren Energien und ihren Erträgen ein wichtiger Baustein, um aus der einsetzenden wirtschaftlichen Krise herauszukommen.

<sup>3</sup> [https://www.leopoldina.org/uploads/tx\\_leopublication/2020\\_04\\_13\\_Coronavirus-Pandemie-Die\\_Krise\\_nachhaltig\\_überwinden\\_final.pdf](https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2020_04_13_Coronavirus-Pandemie-Die_Krise_nachhaltig_überwinden_final.pdf) (Stand 21.4.2020)



Gerade in der Klimakrise besteht die reale Gefahr für die Gesundheit und das Überleben 100.000er Menschen weltweit. Doch nach wie vor wird der Klimakrise, trotz eindeutiger wissenschaftlicher Erkenntnisse und internationaler Beschlüsse, nicht adäquat begegnet.

## In der Krise

Wenige Monate vor Ausbruch der Covid-19-Pandemie erlebten wir weltweit die größten Klimaschutzdemonstrationen in der Geschichte. Diese sind mit den Einschränkungen der Versammlungsfreiheit nicht verschwunden, sondern haben sich – wie viele andere Aktivitäten – erst einmal nur ins Internet verlagert. Sie sind weniger sichtbar, aber nicht weniger präsent und die Forderungen weiterhin aktuell.

Der BN warnt vor einem Rollback in der Energiepolitik. Die ersten Stimmen im politischen Alltagsgeschäft werden laut, dass Teile des Klimapakets wie z.B. die lang erstrittene CO<sub>2</sub>-Bepreisung von 25 € in Anbetracht der aktuellen wirtschaftlichen Situation ausgesetzt werden müssen.<sup>4</sup> Das 20. Jubiläum des EEG kommentierte die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) mit der Uraltforderung, den Strompreis zu senken.<sup>5</sup> Auf europäischer Ebene fordern Verbände, wie der Verband der Automobilindustrie (VDA) und Automobilkonzerne, dass die Pläne für ambitioniertere Grenzwerte in Anbetracht der Covid-19-Pandemie auf Eis gelegt werden.<sup>6</sup> Aufgrund der vertagten UN-Klimaschutzkonferenz im Dezember diesen Jahres kündigt die EU-Kommission an, Teile des Green Deals zu verschieben.

**Der BN fordert von den politischen Entscheidungsträger\*innen, weiter an der Klimaschutzpolitik festzuhalten.**

## Wege aus und nach der Krise

Die Aussagen von politischen Entscheidungsträger\*innen, dass politische Handlungen in der aktuellen Krise auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen, ist für die anstehenden Entscheidungen bzgl. der Klimakrise zu wiederholen. **Der BN fordert daher eine Klimaschutzpolitik, die sich ebenfalls an den Anforderungen der Wissenschaft orientiert und das Ziel „Flatten the curve“ auch auf die Graphiken der Klimakrise anwendet.**

Der Umbau der Energiewirtschaft in Richtung ökologisch-sozialer Strukturen mit höherer Krisenfestigkeit und Klimaschutz zur Erreichung des Pariser 1,5°C-Ziels wird schon seit vielen Jahren gefordert.

Jetzt müssen Prioritäten gesetzt werden:

---

<sup>4</sup> <https://www.n-tv.de/wirtschaft/FDP-befuerwortet-Pause-bei-Umweltgesetzen-article21653378.html> (Stand 1.4.2020)

<sup>5</sup> <https://www.vbw-bayern.de/vbw/Pressemitteilungen/Pressemitteilung-zum-20.-Jahrestag-des-Inkrafttretens-des-Erneuerbaren-Energien-Gesetzes.jsp> (Zugriff 1.4.2020)

<sup>6</sup> <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/auto-grenzwerte-2020-klimawandel-1.4865763> (Stand 3.4.2020)

- **Für den Klimaschutz und eine naturverträgliche Energiewende müssen die Ausbauziele für die erneuerbaren Energien erhöht und die Umsetzung ambitioniert vorangetrieben werden. Durch Investitionen in dezentrale erneuerbare Strukturen kann die regionale Wertschöpfung angekurbelt werden und Projektierer\*innen, Stadtwerke, das Handwerk sowie Bürger\*innen und die Kommunen profitieren. Mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien können so Zehntausende von Arbeitsplätzen in Zukunftsbranchen geschaffen werden.**
- **Entscheidungen, die viel zu lange verschleppt wurden, wie die Aufhebung des Solardeckels müssen jetzt schnellstmöglich getroffen werden. Dazu zählt auch die Streichung der Mindestabstandsregel von Windenergieanlagen zu Wohnbebauungen.**
- **Wenn Unternehmen, die bislang mit ihren Angeboten Natur und Umwelt schädigen oder sogar zerstören und die Klimakrise verschärfen, staatliche Unterstützung bekommen, so sollen sie strenge Nachhaltigkeitskriterien erfüllen: z.B. zur schrittweisen Klimaneutralität, die kompatibel mit dem 1,5-Grad-Ziel ist.**

## WIRTSCHAFT

Sowohl auf Bundes- als auch auf bayerischer Ebene werden Nachtragshaushalte, Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF), Garantierahmen und Kreditermächtigungen in Milliarden-Höhe verabschiedet und weiter geplant. Sollte eine Rezession folgen, ist mit weiteren Konjunkturprogrammen zu rechnen. Es ist richtig und wichtig, dass Bundes- und Landesregierungen in dieser Situation Programme zur Rettung von Existenzen und zur Wirtschaftsförderung auf den Weg bringen. Da jedoch auch Klimakrise und Artensterben nach wie vor bestehen, sind alle Förderhilfen nicht nur in Verantwortung für die Beschäftigten, sondern auch für Umwelt und Klima auszugestalten. Hier die richtige Balance zu finden, ist eine der Herausforderungen, der sich die politisch Verantwortlichen jetzt stellen müssen. Die Konjunkturprogramme sind eine Chance, den ohnehin notwendigen Umbau zu einer umweltverträglichen und sozial gerechten Wirtschaft voranzutreiben. Anders als bei der Bankenkrise 2008 sehen wir heute deutlich, welche Leistungen und Strukturen für unser Zusammenleben wirklich systemrelevant sind. Auch Klima- und Artenschutz sind Grundvoraussetzungen unseres Zusammenlebens.

### Wege in der Krise:

Zunächst müssen Maßnahmen vor allem denen zugutekommen, die am stärksten von der Krise betroffen sind. Dies sind oft die am wenigsten Privilegierten unserer Gesellschaft. Jetzt gilt es dafür zu sorgen, dass alle Menschen über ein Einkommen verfügen, mit dem sie ihren Lebensunterhalt sichern können.

Dann müssen Investitionen sowohl in die soziale, als auch in eine ökologische Infrastruktur fließen und so die Daseinsvorsorge für unsere Gesellschaft sichern. Es muss angestrebt werden, dass die zentralen Bereiche der Daseinsvorsorge von öffentlicher Hand betrieben werden oder zumindest einer stringenten und effizienten Kontrolle der öffentlichen Hand unterliegen. Zur Daseinsvorsorge gehört auch die Bodennutzung, die an Zielen des

Gemeinwohls orientiert werden sollte. Das betrifft z.B. die Überdüngung des Bodens und die damit einhergehende Verschlechterung der Bodenqualität, sowie das Zulassen ungehemmter Spekulationen mit land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken.

Zur Umsetzung dieser Ziele ist es notwendig, dass die von der Bundes- und Staatsregierung vereinbarten Flächenverbrauchsreduktionsziele von fünf Hektar pro Tag in Bayern, auch für die Wahrung der Ernährungssicherheit, eingehalten werden.

**Kurzfristige Zahlungen an Unternehmen, deren Produkte oder Produktionsweisen umwelt- oder klimaschädlich sind, sollten an mittelfristige Veränderungen gebunden werden.** So könnten beispielsweise Vorgaben zu einer nachhaltigen Energieversorgung der Unternehmen gemacht werden. Auch der Ausbau regionaler Kreisläufe in der Landwirtschaft könnte so befördert werden. Denn regionale Verarbeitungsstrukturen sind weniger krisenanfällig.

Es muss darauf geachtet werden, dass keine Infrastruktur und andere Projekte finanziert und angeschoben werden, die Deutschland für Jahrzehnte an klimaunverträgliche Energieträger binden, einen hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß haben oder in anderer Hinsicht nicht nachhaltig und nicht zukunftsfähig sind.

**Die Maßnahmen müssen ein Einstieg in den Abbau umweltschädlicher Subventionen sein. Keinesfalls darf die aktuelle Situation dazu führen, dass bestehende und kommende klima- oder umweltpolitische Regelungen ausgesetzt oder verschoben werden.** Eine Verschiebung der Einführung eines CO<sub>2</sub>-Preises ist dabei ebenso inakzeptabel wie Aufweichungen der geplanten Änderung der Düngeverordnung oder eine Verschärfung der CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Pkw auf europäischer Ebene.

### **Wege aus und nach der Krise:**

Die geplanten und kommenden Konjunkturprogramme können eine Chance sein, ein krisensichereres und zukunftsfähigeres sozial-ökologisches Wirtschafts- und Finanzsystem zu schaffen. Sie müssen dazu genutzt werden, die Energie-, Mobilitäts- und Wärmewende sowie auch die Agrar- und Ressourcenwende zu beschleunigen und hier neue Arbeitsplätze schaffen und damit auch die Widerstandsfähigkeit für künftige Krisen zu stärken.

Diejenigen Tätigkeitsbereiche, die sich in dieser Krise als **systemrelevant** erweisen, sollen in Zukunft besser entlohnt werden. Im Gesundheitsbereich ist dies insbesondere die Arbeit im Pflegebereich.

11

Eine besondere Rolle spielt die Schaffung von **dezentralen sozial-ökologischen Infrastrukturen** als Teil der **öffentlichen Daseinsvorsorge**. Die Zentralisierung und Schließung von dezentralen Strukturen in verschiedenen Versorgungsbereichen (Gesundheit genauso wie z.B. Lebensmittelverarbeitung etc.) ist krisenverschärfend.

Gemeinwohl vor Profitinteresse: **Profitorientierung, Privatisierung und Zugrunde-Sparen zentraler Bereiche der Daseinsvorsorge hinterfragen müssen stärker hinterfragt werden**, denn sie führen zur Verschärfung von Krisen.

Arbeitsplätze und Wirtschaftsleistung können insbesondere durch Investitionen in folgenden Bereichen zukunftsfähig geschaffen werden. Ein „**Konjunkturprogramm Nachhaltigkeit**“ erfordert:

- **Erneuerbare Energien: massiver Ausbau der Photovoltaik und Windenergie, Investitionen in dezentrale, krisenfeste Strukturen**
- **Massive Beschleunigung der Gebäudesanierung, sozialverträglich ausgestaltet.**
- **Investitionen für eine klimaschonende und nachhaltige Mobilität (Schiene, ÖPNV, Radverkehr, alternative Antriebe u.a.).**
- **Regionale Wertschöpfung: Investitionen in regionale und lokale Wirtschaftskreisläufe. Regionale Verarbeitung (z. B. Schlachtung) muss gefördert und die regionale Vermarktung muss ausgebaut werden.**
- **Konsequente Unterstützung und Ausbau von Kreislauf-Wirtschaftsmodellen, um Stoffkreisläufe schrittweise zu schließen und den Ressourcenverbrauch absolut zu senken und Ressourcen gerecht zu verteilen (Investitionen in Reparaturinfrastrukturen etc.). Hier besteht eine große Chance, einen beschäftigungsreichen, resilienten und zukunftsfähigen Wirtschaftszweig aufzubauen.**
- **Investitionen in öffentliche Mehrwegsysteme, in die Abfallberatung, in organisierte Kaskadennutzung und in Wirtschaftsmodelle, die eine Nutzen-statt-Besitzen-Philosophie fördern (z.B. Car-Sharing).**
- **Investitionen in eine ökologische Stadtplanung, bestehende und neue Förderprogramme für eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch ausgewogene Stadtentwicklungs- und Stadterneuerungspolitik. Nötig ist ein neues spezifisches Förderprogramm für blaue und grüne Infrastruktur in der Siedlung und Umgebung.**
- **Grüne Infrastruktur: Schutzgebiete, Moorschutz, Biotopverbund, Beweidung, Gewässerrenaturierung, Auen-Reaktivierung erfordern die Umsetzung von Naturschutz-Maßnahmen und -Projekten zur Reduzierung des Artensterbens, für den Klimaschutz, für die Klimawandelfolgenanpassung, für gesunde Gewässer, für eine lebenswerte Umwelt und für resiliente Ökosysteme. Diese Investitionen brauchen Menschen, die sie planen, umsetzen und betreuen. Und sie sind Einkommensquelle für Landwirte und vielfach Anstoß für den Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten.**
- **Umweltbildung: Einführung einer soliden Grundfinanzierung für die bayerischen Umweltstationen.**
- **Forschung: Investitionen in ein umfassendes Forschungsprogramm für die notwendigen gesellschaftlichen Transformationsprozesse.**

12

**Es braucht Solidarität über Grenzen hinweg.** Deutschland hat aufgrund seiner guten wirtschaftlichen Situation die Möglichkeit, finanzielle Hilfen für die Wirtschaft und die Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Dies ist nicht in allen Staaten der Fall. In dieser Krise benötigt es innereuropäische Solidarität und internationale Gerechtigkeit.



## MOBILITÄT

Es gibt erste Hinweise darauf, dass ein Grund für die besondere Schwere der Verläufe von an Covid-19 Erkrankten unter anderem in der Lombardei, Madrid und Wuhan auch mit der hohen Feinstaubbelastung in diesen Regionen zusammenhängt. Jede Maßnahme insbesondere im Verkehrsbereich, die zur Verbesserung der Luftqualität in unseren Städten führt, dient nicht nur der Gesundheitsvorsorge im Allgemeinen, sondern auch der Eindämmung von Virenerkrankungen im Besonderen.

Seit Jahren besteht besonders in urbanen Räumen eine Flächenungerechtigkeit. Die Radentscheide der letzten Jahre und die aktuelle Umwidmung von Autofahrspuren in Fahrrad- und Fußgängerwege zeigen die Handlungsbereitschaft der Kommunen und der Bevölkerung auf. Der gesamte öffentliche Raum muss neu gedacht werden. Es geht hierbei um ganzheitliche Konzepte, in denen Mobilität im engeren Sinne eine entscheidende Rolle spielt, aber auch die Fragen, wie der öffentliche Raum zugleich zu Stätten der Begegnung, der Kultur und der Erholung gestaltet werden kann, ohne dass die ökologischen Funktionen (Frischluftschneisen, Kühlung etc.) außen vor sind. Mobilitätsbedürfnisse von benachteiligten Bevölkerungsgruppen müssen hierbei ebenso im Blickfeld sein, wie der notwendige Bedarf an Lieferverkehr.

### Wege in der Krise

Lokale Versorgungsstrukturen sind überlebensnotwendig, diese zu erhalten ist das Gebot der Stunde. Auch für die Emissionsreduzierung gilt es, regionale und ökologisch erzeugte landwirtschaftliche Erzeugnisse zu kaufen. Die aktuelle Situation zeigt, wie wichtig eine grüne Infrastruktur für Menschen ist und ausreichend Möglichkeiten zur Naherholung sowie sichere Fuß- und Fahrradwege bestehen. Die jetzt zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel müssen in den Ausbau einer zukunftsfähigen Mobilität gesteckt werden.

### Wege aus und nach der Krise

Es besteht die Gefahr, dass zur Ankurbelung der Konjunktur zusätzliche Mittel in den Straßenbau und/oder den Kauf von Autos gesteckt werden. Die Fehler der vergangenen Krisenbewältigungen dürfen nicht wiederholt werden!

Die im Jahr 2009 nach der Finanzkrise eingeführte Abwrackprämie für Autos war ein gigantisches Investitionsprogramm in eine veraltete, auf fossile Energieträger basierende Technologie, die zu mehr Straßenverkehr, mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen und eine gigantische Vernichtung von Werten und Ressourcen zugunsten der Automobilindustrie geführt hat. Diese Fehler dürfen nicht wiederholt werden.

Ein Ziel der Verkehrswende muss es sein, die Zahl der Autos in Deutschland deutlich zu reduzieren. Das heißt für die Automobilindustrie, dass bestehende Produktionsanlagen zunehmend andere Produkte herstellen müssen, wie zum Beispiel elektrisch betriebene Lieferfahrzeuge für Städte oder Elektro-Busse. Dass es für Automobilkonzerne grundsätzlich möglich ist, in bestehenden Anlagen andere Produkte herzustellen, zeigen nicht zuletzt die

kurzfristigen Produktionsumstellungen während der Covid-19-Pandemie. Hieran gilt es mit weiteren nachhaltigen Produktionsmöglichkeiten anzuknüpfen. Somit müssen Betriebserweiterungen in der Automobilindustrie auf den Prüfstand gestellt werden. Für die Herstellung von Elektrofahrzeugen sind bestehende Anlagen umzubauen (dass dies möglich ist, zeigen Standorte in Dresden oder Zwickau).

Auch der Straßenbau war in vergangenen Krisen ein beliebtes Konjunkturprogramm. Grundsätzlich kann ein Konjunkturprogramm im Verkehrsbereich, auch im Ausbau der Infrastruktur sinnvoll sein, wenn die Mittel in eine konsequente ökologische Verkehrswende gesteckt werden.

**Straßenbauprojekte müssen gestoppt und die Erhaltung der bestehenden Infrastruktur in den Vordergrund gestellt werden.** Wie bei der Entlohnung der Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft schon oben beschrieben, trat das Versorgungsproblem auch durch fehlende ausländische LKW-Fahrer\*innen auf. Eine Erkenntnis hieraus muss die **Stärkung der lokalen Versorgungsstrukturen** sein.

Investition in notwendige Sanierungen und Erhaltungsmaßnahmen sollten wo möglich an ökologische Aufwertungen (z. B. besserer Lärmschutz, bessere Straßenbeläge, umweltschonende Verfahren/Materialien) gekoppelt werden. **Die Güter, gerade auch für den Lebensmitteleinzelhandel müssen konsequent von der Straße auf die Schiene verlagert werden.** Die Stadt der kurzen Wege muss wieder zum Leitbild werden.

Der BUND Naturschutz fordert daher von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer einen Stopp aller Straßenbauprojekte im Bundesverkehrswegeplan, sowie von der bayerischen Verkehrsministerin Kerstin Schreyer einen Stopp aller Straßenbauprojekte im bayerischen Staatsstraßenausbauplan. **Stattdessen sind die Mittel in Vorhaben zur Stärkung des Umweltverbundes (Bahn, Straßenbahn, Rad- und Fußwege) umzuwidmen.** Ein umfangreiches Konzept für sinnvolle Infrastrukturvorhaben im Bereich der Schienenwege hat der BN bereits vor Jahren vorgelegt.<sup>7</sup>

Entsprechend den Bundes- und Landesstraßenbauprojekten **sind auch die Förderrichtlinien für den kommunalen Straßenbau grundlegend hin zu einer konsequenten Verkehrswende umzubauen.** Der BN hat hierzu einen Vorschlag ausgearbeitet.<sup>8</sup>

<sup>7</sup> <https://www.bund-naturschutz.de/verkehr/schiene/konzept-fuer-umweltfreundliche-bahnprojekte-in-ganz-bayern.html>.

<sup>8</sup> [https://www.bund-naturschutz.de/fileadmin/Bilder\\_und\\_Dokumente/Presse\\_und\\_Aktuelles/Pressemitteilungen/2018/Verkehr/BN\\_Informiert\\_besseres\\_Zuschusswesen\\_d5\\_web.pdf](https://www.bund-naturschutz.de/fileadmin/Bilder_und_Dokumente/Presse_und_Aktuelles/Pressemitteilungen/2018/Verkehr/BN_Informiert_besseres_Zuschusswesen_d5_web.pdf)

**Der BN fordert, dass eine direkte Unterstützung von Unternehmen an Bedingungen geknüpft wird. Die Produktion bzw. Dienstleistung ist so umzustellen, dass sie mit einer echten Verkehrswende und dem 1,5°C-Ziel kompatibel sind.**

Staatliche Unterstützung für Fluggesellschaften oder Flughäfen ist aus Sicht des BN nicht der richtige Weg aus der Krise. Um die Klimaschutzziele im Verkehr zu erreichen, muss es das Ziel sein, den Flugverkehr drastisch zu reduzieren. Die Einführung einer Kerosinsteuer und die Einpreisung von Folgekosten ist notwendig, um die wahrhaftigen Preise für das Fliegen darzustellen. Bei Realisierung der derzeit diskutierten Teilverstaatlichung der Lufthansa muss der Staat sicherstellen, dass sich das Konzernziel künftig prioritär am Klimaschutz orientiert.

## **Lerneffekte aus der Corona-Krise mitnehmen:**

Es ist zu hoffen, dass die Corona-Krise zu einem Bewusstseinsbildungsprozess führt, welche Auswirkungen, Abhängigkeiten und Umweltschäden eine hypermobile Gesellschaft zur Folge hat. Ziel muss es daher sein, dieses Bewusstsein zu bewahren und bei der Ausgestaltung künftiger Verkehrsvorhaben und Wirtschaftsabläufe zu berücksichtigen. Leitbilder bleiben eine ökologische Verkehrswende und eine regionale Kreislaufwirtschaft.

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass viele Wege mit den Mitteln der digitalen Kommunikation vermieden werden können. Diese Möglichkeiten (Videokonferenzen, Home office...) sollten auch nach der Corona-Krise weiter zur Verkehrsvermeidung genutzt werden. Auf individueller Ebene sollte das eigene Mobilitätsverhalten hinterfragt werden.

Der Gewinn an Luftqualität, kondensstreifenfreiem Himmel und lärmfreiem Umfeld ist von vielen in den Wochen der Krise bewusst und sehr positiv wahrgenommen worden. Auch das Erlebnis, dass es bei geringerem Verkehrsaufkommen unproblematisch ist, Autofahrspuren in Fahrradspuren umzuwandeln, war für viele neu und ein Gewinn. Diese Gewinne sollten wir dauerhaft erhalten.

## **DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT**

Besonders in Zeiten, in denen große Veränderungen passieren, muss sich auch die Demokratie bewähren. Eine lebendige Demokratie lebt von öffentlicher Auseinandersetzung, der Partizipation und von der Überprüfung politischer Entscheidungen. Aktuell ist das öffentliche Leben fast vollständig zum Erliegen gekommen und damit die lebendige Demokratie mit Versammlungsfreiheit, demokratischer Partizipation und Demonstrationsrecht massiv eingeschränkt. **Doch die Demokratie und gerade die in den letzten Jahren in Bayern erstarkte Zivilgesellschaft dürfen durch die Einschränkungen während der Covid-19-Pandemie keinen irreparablen Schaden nehmen.** In den letzten Jahren ist die Zivilgesellschaft in ihrer Breite und Agilität gewachsen. Ob die Europäischen Bürgerinitiativen zur Verhinderung von TTIP/CETA oder dem Glyphosatverbot, das Volksbegehren „Rettet die Artenvielfalt“ und die Klimaschutzbewegung fff.

Zwar haben gerade jüngere soziale Bewegungen in den letzten Jahren neue (digitale) Formen für die lebendige Demokratie entwickelt. Doch diese Formen können die Sichtbarkeit und die freie Meinungsäußerung im öffentlichen Raum nicht ersetzen.

Während der Krise beschneiden EU-Staaten demokratische Institutionen und insbesondere Rechte von Zivilgesellschaft. Im vergangenen Jahr ist es in einem breiten internationalen Bündnis gelungen, die Beteiligung für die Europawahl zu steigern und auch durch das zentrale Setzen von Natur- und Umweltschutzthemen die Renationalisierungsentwicklungen zu stoppen. Die aktuelle Covid-19-Pandemie muss zu einer Stärkung der Europäischen Union führen und darf Renationalisierungstendenzen keinen Vorschub leisten. Die zu beobachtende gelebte Solidarität innerhalb der Nachbarschaft, des Betriebs, der Familie und innerhalb der Staaten muss international ausgeweitet werden.

## **Wege aus und nach Krise**

**Wenn die Finanzhilfen zur Überwindung der Krise verteilt werden, müssen politische Entscheidungsprozesse transparent gemacht werden. Politische Entscheidungs- und Mandatsträger\*innen sollten bei allem Verständnis für schnelles Handeln auf Ausgewogenheit und umfassende zivilgesellschaftliche Beteiligung achten.**

## **AUSBLICK:**

Trotz aller Unwägbarkeiten und Gefahren, die die Covid-19-Pandemie für den Natur- und Umweltschutz und die Demokratie herbeiführen könnte, bestehen realistische Chancen eine gerechtere Lastenverteilung in unserer Gesellschaft zu erreichen, weil während der Krise Berufsgruppen und öffentliche Institutionen, die bisher als nicht systemrelevant und peripher wahrgenommen wurden, auf einmal zentral wichtig werden: Gesundheitsfragen wurden in der Vergangenheit zumeist nur unter dem Kostenaspekt betrachtet, jetzt stellt die Gesellschaft verwundert fest, dass es doch um mehr geht. Ähnlich verhält es sich beim Umwelt- und Klimaschutz. Auch dieser wird gern nur als wegzuwischender Kostenfaktor betrachtet. Hier lassen sich in der öffentlichen Diskussion leicht Parallelen ziehen. Eine Regionalisierung der Globalisierung beispielsweise im medizintechnischen Bereich kann teilweise mit Umstellungen von Produktionen in Bayern möglich werden. „Green Recovery“ ist jedoch nur möglich, wenn die Weichen jetzt dafür gestellt werden. Erfahrungen während der Krise und neuer Zusammenhalt durch gelebte Solidarität, können der Zivilgesellschaft einen neuen Schub geben.

16

Wünschenswert ist auch ein gesellschaftliches Lernen aus der Covid-19-Pandemie. Viele haben in der Krise auch gute Erfahrungen mit der Entschleunigung gemacht. Haben festgestellt, dass es auch mit weniger geht und Beschäftigungen im Kreise der Familie neu



entdeckt. Für Wohlhabende ist weniger manchmal mehr. Für Ärmere braucht es eine bessere Grundsicherung. In den Wochen der Krise haben viele Menschen neue Erfahrungen von Achtsamkeit gemacht, sei es bei Mitmenschen oder dem Umgang mit der Natur vor der Haustür, diese Achtsamkeit gilt es für die Zeit nach der Krise zu bewahren.

Was ist wirklich für ein gutes und gesundes Leben notwendig? „Wie wichtig ist der gesellschaftliche Zusammenhalt für unsere Zukunftsfähigkeit?“

Fragen, die der BUND Naturschutz schon vor vielen Jahren gemeinsam mit den Entwicklungshilfswerken Brot für die Welt und Misereor in seiner Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“<sup>9</sup> ebenso wie andere Gruppierungen in der Transformationsdiskussion gestellt und daraus Szenarien für ein besseres Leben und Wirtschaften entwickelt haben. Politik, Gesellschaft und Unternehmen müssen nun die richtigen Weichen für eine sozial-ökologische Transformation stellen.

München und Nürnberg, 23.4.2020

**Landesverband Bayern des  
Bundes für Umwelt- und Naturschutz**

Ansprechpartner zum Thema:

Titel, Vorname, Name

Tel./Mailadresse

Dr.-Johann-Maier-Straße 4

93049 Regensburg

Tel. 09 41 / 2 97 20 0

Fax 09 41 / 2 97 20 30

[info@bund-naturschutz.de](mailto:info@bund-naturschutz.de)

**[www.bund-naturschutz.de](http://www.bund-naturschutz.de)**

*Stand Februar 2013*

*Impressum:*

*Herausgeber: Bund*

*Naturschutz in Bayern e.V.*

*Redaktion und Text:*

*Vorname, Name*

*Bilder: BN Archiv, Vorname*

*Nachname*